

22.11.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/3300 und 17/4100 -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Berichterstatter

Abgeordneter Michael Hübner

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 10 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 22.11.2018/Ausgegeben: 26.11.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Zum Einzelplan 10 lag der Erläuterungsband in Vorlage 17/1115 vor. Der Einführungsbericht wurde als Vorlage 17/1260 verteilt. Mit der Vorlage 17/1349 wurden Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 10 beantwortet.

Der Einzelplan 10 wurde im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in der Sitzung am 31. Oktober 2018 beraten und in der Sitzung am 12. November 2018 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen zwölf Änderungsanträge lagen dort vor. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/1390. In der abschließenden Abstimmung über den Einzelplan 10 votierte der Fachausschuss mit den Stimmen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS/DIE GRÜNEN und AfD für eine veränderte Annahme.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/1420 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 20. November 2018 abgegeben.

Im Unterausschuss Personal lag zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor. Beide Anträge wurden mit den Stimmen der übrigen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt. Der Personaletat zum Einzelplan 10 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/1363 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu Kapitel 10 260, Landesforstverwaltung, Landesbetrieb Wald und Holz NRW, für eine unveränderte Annahme.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/4420 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/4400.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 22. November 2018 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 10 befasst. Dort lagen neun Änderungsanträge der Fraktionen von CDU/FDP, vier Änderungsanträge der Fraktion der SPD, acht Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie sechs Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor. Das Abstimmungsverhalten und die Abstimmungsergebnisse ergeben sich aus dem Anhang.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 10 mit Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion in der zuvor veränderten Fassung **angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 9 Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP
3 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
8 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

		<p>Ministerialrat um 5 Bes.Gr. A 16 Ministerialrat Auf 52 Bes.Gr. B 2 Ministerialrat</p> <p>Begründung: Die Notwendigkeit für die fünf Hebungen von BesGr. A 16 auf B 2 im Rahmen bedarfsgerechter Stellenbewirtschaftung und die Schaffung einer komplett neuen Planstelle innerhalb des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sind nicht nachvollziehbar.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titel 537 12 Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung</p> <p>Ausbringung eines Haushaltsvermerkes:</p> <p><i>Die Ausgaben des Titels 537 12 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben im Kapitel 10 040 Titelgruppe 71.</i></p> <p>Begründung: vgl. Begründung zum Antrag zu Kapitel 10 040 – Verbraucherschutz - Titelgruppe 71 – Veterinärwesen –</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD nein FDP ja GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titel 537 12 Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Eine Million Euro zusätzlich eingestellt sollen wie folgt aufgeteilt werden. Für 600.000 Euro soll die Aufstellung von Kühlcontainern nach Bedarf in den Kreisen finanziert werden, um dort das erlegte Schwarzwild lagern zu können, um eine dezentrale Abnahme zu ermöglichen. Weiterhin soll aus einem Budget von 400.000 Euro der Abnahmepreis für Schwarzwild mit 1 Euro pro Kilo Wildbret unterstützt werden. Die Maßnahmen dienen der ASP-Vorsorge.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	3.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	nein	FDP	ja	GRÜNE	nein	AfD	ja
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	3.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	nein																								
FDP	ja																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft</p> <p>Titel 683 00 522 Zuwendungen an Obstbau-Betriebe zur Deckung von Umsatzeinbußen bei der Ernte von Kern-, Stein- und Beerenobst</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2019 Ansatz lt. HH 2018</p> <p>von 3 000.000 Euro</p> <p>um 2 500.000 Euro</p> <p>auf 500.000 Euro 2.000. 000 Euro</p> <p>Begründung: Das Programm ist zur Deckung von Ernteaufschlägen eingerichtet und aufgrund der schlechten Ernte in 2017 aufgestockt worden. Das Jahr 2018 war ein sehr gutes für die Obstbaubetriebe, daher werden die Mittel in diesem Jahr nicht benötigt und können anderweitig eingesetzt werden. Deckung mit Antrag zur Auferlegung eines Insektenschutzprogramm (Titelgruppe neu).</p>	<p>Votum AUNLV abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD nein</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p>

zum Haushaltsgesetz 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titelgruppe 65 Überbetriebliche Maßnahmen</p> <p>Titel 684 65 Zuschüsse (an soziale oder ähnliche Einrichtungen)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>111.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erläuterungen zur Titelgruppe 65 werden ergänzt um <i>„9. Familienpolitische und telefonische Beratung als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft.....100.000 EUR</i></p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel sind erforderlich, weil akute und langfristige Probleme im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft (Klimaveränderung/Dürre, Afrikanische Schweinepest, Marktrisiken etc.) zu physischen und psychischen Belastungen der landwirtschaftlichen Familien führen und somit einen bedeutend größeren Beratungs- und Betreuungsbedarf nach sich ziehen. Mit diesen Mitteln soll eine Ausweitung des bestehenden Angebotes gewährleistet werden.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	11.500 Euro	11.500 Euro	um	100.000 Euro		auf	111.500 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein	AfD	Enthaltung
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von	11.500 Euro	11.500 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	111.500 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	nein																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungserge bnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titelgruppe 67 Einzelbetriebliche Maßnahmen</p> <p>Titel 683 67 Zuschüsse (an private Unternehmen)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 Ansatz lt. HH 2018 von 1.442.100 Euro 1.442.100 Euro um 500.000 Euro auf 1.942.100 Euro</p> <p>Begründung: Seit über 25 Jahren wird über sog. Gewässerkooperationen versucht, durch eine verbesserte Anbauberatung und Düngeplanung den Nitratwert im Wasser zu senken, um dem Verbraucher und Bürger das kostbare Lebensmittel Wasser in bester Qualität und zu günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Gewässerkooperation nehmen unter dem Dach der Landwirtschaftskammer Wasserschutzberater die Beratungsaufgabe wahr. Im Titel 671 70 des Kapitels 10 050 im EP 10 sind 2,38 Mio. € für diese Beratungsaufgabe veranschlagt, zusätzlich zu den 3 Mio. € im Kapitel 10 170 Titel 671 11. Um die Landwirte bei der Umsetzung der gewässerschonenden Maßnahmen zu unterstützen, werden z. B. zum Zwischenfruchtanbau Prämien je ha direkt an die in den Wasserschutzzonen wirtschaftenden Betriebe ausgezahlt. Die Prämien werden mittels des eigentlich an das Land NRW abzuführenden Wasserentnahmeentgelts von 5 Eurocent pro m³ finanziert.</p>	<p>Votum AUNLV angenommen</p> <p>CDU ja SPD nein FDP ja GRÜNE Enth. AfD Enth.</p> <p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD nein FDP ja GRÜNE Enthaltung AfD Enthaltung</p>

	<p>Neben der personalintensiven Düngeberatung kann die ordnungsgemäße organische Düngung durch Technik, wie sie Durchflussmessgeräte am Güllefass und N-Sensoren für die Chlorophyllmessung darstellen, unterstützt werden. Diese sind z. T. bei flächenstarken Betrieben im Einsatz.</p> <p>Um einer möglichst großen Zahl von auch kleineren und mittleren Betrieben diese Anwendung zu ermöglichen, sollen kleine kommunale Wasserversorger, die ihr Wasser in einem flächenmäßig großen Wassereinzugsgebiet u. U. aus Flachbrunnen gewinnen und deren Rohwasser den Nitratgehalt von 50 mg/l deutlich überschreitet, die Technik bereitgestellt bekommen.</p> <p>Das Ministerium möge die Mittel an Bewerber unter den kleinen Wasserwerken ausschreiben und an verschiedene Kriterien knüpfen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Laufende Wasserkooperation• Kleiner Betrieb (mit weniger als 2 Mio. m³ Wasserförderung = 100.000 € Wasserentnahmeentgelt)• Überproportionale Förderung aus Flachbrunnen• Bestehende Überschreitung des 50 mg /l Nitrat-Grenzwertes	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Titelgruppe 75 Forstwirtschaft</p> <p>Titel 683 75 Zuschüsse (an private Unternehmen)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">110.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">110.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.110.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zur Bekämpfung der Borkenkäferplage soll eine Million Euro zusätzlich eingestellt werden. Diese soll als Zuschuss je Festmeter im Privatwald bei der Sicherung des Kalamitätsholzes unterstützen.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	110.000 Euro	110.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	1.110.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE Enthaltung AfD Enthaltung</p>
2019		Ansatz lt. HH 2018													
von	110.000 Euro	110.000 Euro													
um	1.000.000 Euro														
auf	1.110.000 Euro														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																				
	SPD	<p>Kapitel 10 030 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 63 Kleingartenwesen Titel 686 65 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2019</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>550.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">600.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Arbeit der Landesverbände stellt einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Erhaltung des Freizeitgartenbaus dar. Die Kleingartenverbände tragen mit ihrer Arbeit zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.</p>	2019			2018	von	550.000 Euro		600.000 Euro	um	50.000 Euro			auf	600.000 Euro			<p>Votum AUNLV abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
2019			2018																																				
von	550.000 Euro		600.000 Euro																																				
um	50.000 Euro																																						
auf	600.000 Euro																																						
CDU	nein																																						
SPD	ja																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	Enthaltung																																						
CDU	nein																																						
SPD	ja																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	Enthaltung																																						

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 10 030</p> <p>Titelgruppen (neu)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 0 Euro um 2 500 000 Euro auf 2 500 000 Euro</p> <p>Begründung: Der Rückgang der Insektenpopulationen nimmt dramatische Entwicklungen an. Daher gilt es ein umfassendes Insektenschutzprogramm zu entwickeln, um kurzfristig wirksame Sofortmaßnahmen zum Schutz von Insekten zu ergreifen. Bestehende Schutzmaßnahmen sind zu evaluieren, auszubauen und ggf. neu zu gestalten. Deckung durch Antrag zu Titel 683 00 522 (Sonderprogramm Obstbau-Betrieb).</p>	<p style="text-align: center;">Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p style="text-align: center;">Auferlegung Insektenschutzprogramm</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2018</p> <p style="text-align: center;">0 Euro</p> <p>Votum AUNLV abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 040 Verbraucherschutz</p> <p>Titelgruppe 71 Veterinärwesen</p> <p>Maßnahmen im Zusammenhang mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP)</p> <p>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerkes Nr. 4: <i>Die Ausgaben des Kapitels 10 040 Titelgruppe 71 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben im Kapitel 10 030 Titels 537 12.</i></p> <p>Begründung:</p> <p>Zum flexiblen Einsatz der im Einzelplan 10 etatisierten Haushaltsmittel zur Bekämpfung der ASP im Seuchenfall soll mit diesem Haushaltsvermerk die Deckungsfähigkeit mit Ausgaben als Präventionsmaßnahmen zur Abwehr der ASP hergestellt werden. Ein Korrespondenzvermerk wird im Kapitel 10 030 Titel 537 12 ausgebracht.</p> <p>(vgl. Antrag zu Kapitel 10 030 Titel 537 12 – Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung)</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsentwurf 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 040 Verbraucherschutz Titel 684 10 Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2019</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2018</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>15.480.000 Euro</td> <td>14.960.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>15.780.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zur Erstellung eines Digitalisierungskonzeptes und eines Lastenheftes für alle Einrichtungen der Verbraucherzentrale NRW bedarf es einer einmaligen Finanzierung durch das Land. Die Arbeit der Verbraucherzentralen in NRW erfolgt auch heute noch weitgehend analog. Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf tradierte Kommunikationswege angewiesen, um Kontakt zur Verbraucherzentrale aufzunehmen. Faxe, Briefe und Akten sind noch immer alltäglich in den Büros der Verbraucherzentralen. Online Terminvereinbarungen und Online-Beratung stehen nicht oder nur unzureichend zur Verfügung. Die Verbraucherzentrale sieht mit Blick auf die Digitalisierung erheblichen Aufholbedarf.</p>		2019	Ansatz lt. HH 2018		von	15.480.000 Euro	14.960.000 Euro		um	300.000 Euro			auf	15.780.000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	nein
	2019	Ansatz lt. HH 2018																											
von	15.480.000 Euro	14.960.000 Euro																											
um	300.000 Euro																												
auf	15.780.000 Euro																												
CDU	ja																												
SPD	ja																												
FDP	ja																												
GRÜNE	ja																												
AfD	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungserge bnis																																
	CDU FDP	<p>Kapitel 10 040 Verbraucherschutz Titel 686 10 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 2.900.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 150.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.050.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Verbraucherinnen und Verbrauchern fällt es zunehmend schwer, bei Flugausfällen oder -verspätungen ihre Ansprüche gegenüber den Fluggesellschaften durchzusetzen. Ein Grund hierfür ist, dass Fluggesellschaften ihre Kundinnen und Kunden oft nicht ausreichend über ihre Rechte und Ansprüche informieren. In zahlreichen Fällen erfolgen die Auszahlungen der fälligen Entschädigungszahlen durch die Airlines nicht reibungslos. Betroffene werden hingehalten, Ansprüche werden nicht reguliert. In diesem Bereich haben sich einige private Anbieter zur Rechtsdurchsetzung etabliert. Nach erfolgreicher Rechtsdurchsetzung stehen Verbraucherinnen und Verbraucher finanziell jedoch schlechter, da sie hierfür einen Teil ihres Entschädigungsanspruchs abtreten müssen. Vor dem Hintergrund der schlechten Informationslage ist die Entwicklung einer „Fluggastrechte-App“ ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verbraucherzentrale hat in ähnlichen Bereichen bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Durch Information über Fluggastrechte, einfache Bedienung und digitale Geltendmachung von Entschädigungszahlungen stärken wir Verbraucherrechte. Neben der</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von 2.900.000 Euro		2.900.000 Euro	um 150.000 Euro			auf 3.050.000 Euro			<p>Votum AUNLV einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
2019		Ansatz lt. HH 2018																																	
von 2.900.000 Euro		2.900.000 Euro																																	
um 150.000 Euro																																			
auf 3.050.000 Euro																																			
CDU	ja																																		
SPD	ja																																		
FDP	ja																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	ja																																		
CDU	ja																																		
SPD	ja																																		
FDP	ja																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	ja																																		

		Information wird hierdurch der Druck auf die Unternehmen zur Auszahlung der Entschädigungen erhöht.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Titelgruppe 66 Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten, Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, Überschwemmungsgebiete, naturnaher Wasserbau, Ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2018</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 66.704.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">66.704.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 86.704.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Wasserwirtschaft muss breiter aufgestellt werden. Hochwasser und Niedrigwasser können zur Beeinträchtigung der Schifffahrt führen und damit zu erheblichen ökonomischen Schäden. So muss z.B. die Rheinvertiefung schnell und zügig umgesetzt werden.</p>	2018	Ansatz lt. HH 2019	von 66.704.200 Euro	66.704.200 Euro	um 20.000.000 Euro		auf 86.704.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018	Ansatz lt. HH 2019																				
von 66.704.200 Euro	66.704.200 Euro																				
um 20.000.000 Euro																					
auf 86.704.200 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	SPD	<p>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz</p> <p>Titel 537 13 Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">670.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Vermüllung (Littering) des öffentlichen Raums wird zu einem immer größer werdenden Problem. Mit den neuen Mitteln soll gemeinsam mit den kommunalen Abfall- und Stadtreinigungsbetrieben ein landesweites Programme zur Sauberhaltung der Städte und zur Müllvermeidung initiiert und unterstützt werden. .</p>		2019	2018	von	570.000 Euro	570.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	670.000 Euro		<p>Votum AUNLV abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enthaltung	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enthaltung	AfD	nein
	2019	2018																																	
von	570.000 Euro	570.000 Euro																																	
um	100.000 Euro																																		
auf	670.000 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	Enthaltung																																		
AfD	nein																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	Enthaltung																																		
AfD	nein																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	GRÜNE	<p>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz Titel 887 00 332 Zuweisungen an Zweckverbände zur Altlastensanierung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>9.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>16.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Aufgrund seiner Geschichte als traditioneller Industrie- und Bergbaustandort weist NRW eine große Zahl an Altlasten auf. Um diese Standorte im Sinne einer flächenschonenden Innenentwicklung für eine Nachnutzung in Anspruch nehmen zu können, ist eine Aufbereitung und Sanierung notwendig. Im Zuge des Mangels an Wohnungen und Wohnraum in Nordrhein-Westfalen müssen Brachflächen für Wohnraum identifiziert und mobilisiert werden. Das Land unterstützt die Kommunen hierbei bei der Erfassung, Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten. Diese Aufgabe wird angesichts des erheblichen Entwicklungsdrucks im Gewerbe- und Wohnungsbereich auch weiterhin in unveränderter Form benötigt.</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	7.000.000 Euro		um	9.000.000 Euro		auf	16.000.000 Euro	7.000.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von	7.000.000 Euro																								
um	9.000.000 Euro																								
auf	16.000.000 Euro	7.000.000 Euro																							
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</p> <p>Titelgruppe 63 Umweltwirtschaft sowie Energiewende, Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2018</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.028.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.878.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.028.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Maßnahmen und Aktivitäten aus dem Bereich der Umweltwirtschaft zur Entwicklung, Koordinierung und Umsetzung einer landesweiten Strategie werden aus diesem Haushaltsposten bezahlt. Eine Notwendigkeit für diese vorrangige Staatsaufgabe ist nicht gegeben.</p>	2018		Ansatz lt. HH 2019	von	1.028.600 Euro	1.878.600 Euro	um	1.028.600 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018		Ansatz lt. HH 2019																							
von	1.028.600 Euro	1.878.600 Euro																							
um	1.028.600 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit; Gentechnik</p> <p>Titelgruppe 65 Klimamaßnahmen</p> <p>Titel 633 65 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 017.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel sollen den Kommunen helfen bei anstehenden Hitzeperioden die Bürger vor den Auswirkungen der Hitzebelastungen (Hitzeinseln) zu schützen. Dabei sollen insbesondere Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur Dachbegrünung, • der Erhaltung des städtischen Grüns und • der Erforschung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftzirkulation (Kaltluftschneisen) in Großstädten <p>finanziert werden.</p>		2019	2018	von	617.300 Euro	617.300 Euro	um	400.000 Euro		auf	1 017.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enthaltung	AfD	nein
	2019	2018																							
von	617.300 Euro	617.300 Euro																							
um	400.000 Euro																								
auf	1 017.300 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enthaltung																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik Titelgruppen 65 Klimamaßnahmen Titel 633 65 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 617.300 Euro um 5.000.000 Euro auf 5.617.300 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018 617.300 Euro</p> <p>Begründung: Starkregenereignisse wie im Wuppertal Ende Mai und der extremheiße und trockene Sommer 2018 lassen erahnen, mit welchen Wetterextremen wir es in NRW voraussichtlich in Zukunft immer häufiger zu tun bekommen. Die Landesregierung muss den Kommunen deutlich mehr Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel zukommen lassen. Die Aufstockung dieses Postens soll in ein Förderprogramm für Kommunen fließen, mit welchen sowohl städtebauliche Maßnahmen zur Reduzierung der Hitzebelastung als auch zur Abmilderung der Auswirkungen von Starkregenereignissen unterstützt werden können.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		Wir gehen davon aus, dass jede Stadt mindestens 500.000 Euro für bauliche Maßnahmen an den Klimawandel investieren sollte. Mit diesem Budget könnte somit voraussichtlich 10 Kommunen pro Jahr gefördert werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</p> <p>Titelgruppe 65 Klimamaßnahmen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2018</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 638.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">638.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 638.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Diese Mittel werden aufgebracht um EFRE-kompatible Projekte von klimaschutzpolitischen Interesse zu kofinanzieren, sowie weitere Klimaanpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Eine nachhaltige Begründung für diesen Haushaltsposten ist nicht gegeben. Die bereits eingeleiteten „Klimaschutzmaßnahmen“, wie u.a. die deutsche Energiewende, haben bis heute nicht die geringste Wirkung gezeigt. „Klimaschutz“ widerspricht daher jedem vernünftigen Vorsorgeprinzip und ist ein politischer Irrweg. Überschneidung mit den Titelgruppen 67 und 75 ist gegeben.</p>	2018	Ansatz lt. HH 2019	von 638.300 Euro	638.300 Euro	um 638.300 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018	Ansatz lt. HH 2019																				
von 638.300 Euro	638.300 Euro																				
um 638.300 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</p> <p>Titelgruppe 75 Anpassung an den Klimawandel, nachhaltiger Flächenschutz</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>2018 von 515.000 Euro um 515.000 Euro auf 0 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019 515.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Anpassung an den Klimawandel erfolgt durch die sukzessive Steigerung der betroffenen Gebiete (z.B. Hochwasserschutz) und nicht über eine intransparente Titelgruppe. Um die Gefahren für die Zivilbevölkerung abzuwehren, gibt es den Bevölkerungsschutz, der sich aus den beiden Bereichen Katastrophen- und Zivilschutz zusammensetzt. Eine nachhaltige Begründung für diesen Haushaltsposten ist nicht gegeben. Überschneidung mit den Titelgruppen 65 und 67 ist gegeben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</p> <p>Titel 428 01 Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>2019 Ansatz lt. HH 2018 von 55.476.700 Euro 53.486.300 Euro um 1.990.400 Euro auf 53.486.300 Euro</p> <p>Senkung der Planstellen</p> <p>Von 443 Laufbahngruppe 1.2 Tarifbeschäftigten um 13 Laufbahngruppe 1.2 Tarifbeschäftigten Auf 429 Laufbahngruppe 1.2 Tarifbeschäftigten</p> <p>Begründung: Die Notwendigkeit für die Schaffung von 14 Stellen für die Indirekteinleiterüberwachung als Art der Überwachung der Gewässerqualität ist nicht nachvollziehbar. Die Wahrnehmung der Überwachung der Wasserqualität kann auch von einem privaten Dienstleister übernommen werden. Eine Gewässerüberwachung fördert nicht zwangsläufig die Gewässerqualität.</p>	<p>Votum UA Personal abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2019

Einzelplan 10: **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2019 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 17/4100).

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
für das Haushaltsjahr
2019

**Kapitel 10 030
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege**
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft,
 Naturschutz und Landschaftspflege**
A u s g a b e n
Sächliche Verwaltungsausgaben

537 12 512	Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbeja- gung.	2 000 000	+1 000 000	3 000 000
<i>neuer Vermerk:</i>	Die Ausgaben des Titels 537 12 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben im Kapitel 10 040 Titelgruppe 71.			

Titelgruppen

Titelgruppe 65
Überbetriebliche Maßnahmen

Erläuterung
Zu Titelgruppe 65:

Die Erläuterungen zur Titelgruppe 65 werden ergänzt um:

"9. Familienpolitische und telefonische Beratung als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft...100.000 EUR"

684 65 523	Zuschüsse (an soziale oder ähnliche Einrichtungen). .	11 500	+113 500	125 000
	Summe Titelgruppe 65.	2 161 500	+113 500	2 275 000

Titelgruppe 67
Einzelbetriebliche Maßnahmen

683 67 523	Zuschüsse (an private Unternehmen).	1 442 100	+500 000	1 942 100
	Summe Titelgruppe 67.	3 957 800	+500 000	4 457 800

Titelgruppe 75
Forstwirtschaft

683 75 531	Zuschüsse (an private Unternehmen).	110 000	+1 000 000	1 110 000
	Summe Titelgruppe 75.	140 000	+1 000 000	1 140 000
	Gesamtausgaben Kapitel 10 030.	73 150 100	+2 613 500	75 763 600
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 030.	50 465 000	—	50 465 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 10 040
Verbraucherschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				
10 040	Verbraucherschutz			
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
684 10 314	Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände.	15 480 000	+300 000	15 780 000
686 10 314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	2 900 000	+150 000	3 050 000
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 71 Veterinärwesen			
<i>neuer Vermerk:</i>	4. Die Ausgaben des Kapitels 10 040 Titelgruppe 71 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben im Kapitel 10 030 Titel 537 12.			
422 71 523	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	73 700	—	73 700
	Summe Titelgruppe 71.	8 123 400	—	8 123 400
	Gesamtausgaben Kapitel 10 040.	29 748 600	+450 000	30 198 600
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 040.	19 480 000	—	19 480 000

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Veränderungsnachweis

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	Gesamteinnahmen	386 523 300	—	386 523 300
	Gesamtausgaben	1 050 894 500	+3 063 500	1 053 958 000
	Verpflichtungsermächtigungen	702 163 000	—	702 163 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	1 280	—	1 280
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1 803	—	1 803
	Summe	3 083	—	3 083